

Edith Bartelmus-Scholich (KV Krefeld) Inge Höger (KV Herford), Ingrid Jost (KV Duisburg), Melanie Schmidt (KV Krefeld), Jürgen Aust (KV Krefeld), Otto Ersching (KV Märkischer Kreis), Udo Hase (KV Krefeld), Thomas Hovestadt (KV Neuss), Thies Gleiss (KV Köln), Yusuf Karacelik (KV Oberhausen), Joscha Kölsch (KV Recklinghausen), Claus Ludwig (KV Köln)

Änderungsantrag zum Antrag „Für einen Neustart in der Partei“

Bitte den Absatz von „Im Zuge der Pandemie...“ bis „...Großbritannien angewiesen.“ Ersetzen durch:

Bereits vor der Pandemie ist das kapitalistische Wirtschaftssystem in eine tiefe weltweite Überproduktionskrise geraten, die in der Automobilindustrie begann. Diese Krise wurde durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verdeckt und beschleunigt. Die Automobilindustrie konnte das Kurzarbeitergelt nutzen, um nicht noch mehr auf Halde zu produzieren und danach haben die Konjunkturprogramme erst mal einiges verdeckt. Weltweit wird das BIP um 15 – 20 Prozent einbrechen, in Deutschland fiel es um knapp 10 Prozent. Sowohl in den Kernbereichen der kapitalistischen Produktion wie der Automobil- und Flugzeugbauindustrie aber auch im Luftverkehr und dem Tourismus ebenso wie im Messebau und Einzelhandel wird es zu einer nie dagewesenen Pleitewelle kommen. Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft, die schon immer auch Arbeitslosigkeit in andere EU-Länder und den Rest der Welt exportierte und über kurz oder lang zum Zusammenbruch des Euro führen kann, verstärkt die Abhängigkeit von globalen Liefer- und Absatzketten. Diese Krise führt weltweit und auch in der EU, in Deutschland und NRW zu einer Massenerwerbslosigkeit, wie es sie seit der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre nicht gegeben hat, bundesweit stieg sie im August auf 3,7 Mio. und in NRW nähert sie sich einer Millionen. Die Strukturkrise zerstört das Klima, beutet die Rohstoffe gnadenlos aus und verursacht auch Pandemien wie Ebola oder Corona, das Profitstreben untergräbt die Grundlagen des Lebens von Menschen und Natur. In dieser Situation ist ein linkes Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umstellung der Produktion von klima- und gesundheitsschädlichen Produkten auf gesellschaftlich nützliche Produkte notwendig. Begleitet werden muss diese Umstellung durch eine breite Debatte um Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung und Vergesellschaftung der Produktion.

Begründung:

In dem Absatz wird das Exportmodell Deutschland als notwendig zum Erhalt der Arbeitsplätze hingestellt. Das ist keine linke Erklärung für die tiefe Wirtschaftskrise sondern die Erzählung der herrschenden Klasse, damit sie mit ihrer Profitproduktion so weiter machen kann wie bisher. Egal ob bei Rüstung, Automobilen oder der Energiewirtschaft, immer wird mit Arbeitsplätzen argumentiert, weshalb man die Industrie erhalten und unterstützen solle. Wir müssen dem Konversion und Arbeitszeitverkürzung entgegen setzen. Die LINKE erkennt und kritisiert den Krisenmechanismus des Kapitalismus und setzt ihm ein anderes Wirtschaftsmodell entgegen. In der Automobilzulieferindustrie und den großen Einzelhandelsketten beginnen die Diskussionen über öffentliche Kontrolle über Investitionen und Produktion und Mitbestimmung von Beschäftigten und Verbraucher*innen.